

Indien. Der Antrag von CDU und Grünen bietet jedoch keine Lösung. Deshalb lehnen wir diesen ab und setzen uns stattdessen ein für Freiheit, Wohlstand und Vernunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Danke sehr, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Krischer in Vertretung für Frau Ministerin Neubaur.

Oliver Krischer, Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Selbstverständlich ist es nicht so, wie gerade in der Rede angedeutet, dass das stumpfe Verbrennen von Kunststoff irgendeinen Beitrag zur Lösung und zur Transformation leisten würde, schon gar nicht für die Wirtschaft. Deshalb müssen wir uns intensiver und seriöser mit dem Thema auseinandersetzen, genauso wie die Koalitionsfraktionen das mit dem Antrag gemacht haben. Sie adressieren ein zentrales Thema der Transformation, nämlich die Etablierung der Kreislaufwirtschaft in der Kunststoffwirtschaft.

Der Werkstoff Kunststoff ist unverzichtbar für unser Leben und auch für das Erreichen der Klima- und Nachhaltigkeitsziele. Also müssen Transformationswege gesucht und gefunden werden, sowohl auf der einen Seite beim Produktdesign, das ressourcenschonend und recyclingfreundlich angelegt werden muss, als auch am Ende der vorgesehenen Nutzung bei der Wiederverwendung und dem Recycling.

Jetzt ist es so – das ist hier immer wieder Gegenstand von Diskussionen und Debatten –, dass es bei Letzterem trotz einiger Pilotprojekte, die ausdrücklich gut und richtig sind und die wir begrüßen, an einer strukturierten und fokussierten Vorgehensweise fehlt. Deshalb begrüßt die Landesregierung ausdrücklich die im Antrag benannte Plattform für Kunststoffrecycling. Ich möchte mich in meinen kurzen Ausführungen ausdrücklich nur darauf konzentrieren.

Diese Plattform könnte unter Einbindung aller relevanten Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft den erforderlichen Impuls geben, dass wir in der Kreislaufwirtschaft beim Thema „Kunststoff“ vorankommen. Denn die Voraussetzungen in Nordrhein-Westfalen sind nicht nur gegeben, sie sind gut für das Thema.

Die Landesregierung widmet sich dem. Gemeinsam arbeiten Wirtschaft und Umweltministerium daran, geeignete und bereite Akteurinnen und Akteure herbeizuholen. Die Idee ist, die Plattform im Rheinisches Revier zu platzieren. Die Träger der dort hinterlegten Projektenergie eines Exzellenzzentrums für zirkuläre

Kunststoffwirtschaft sollen hierfür eine zentrale Rolle spielen.

Abschließend möchte ich festhalten: Wichtig ist dabei nicht nur der Wille der Landesregierung und die Basis, die wir dafür schaffen, Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter bei der Umgestaltung der Wertschöpfungskette Kunststoff zu machen, essenziell ist die Bereitschaft unserer Wirtschaft und Wissenschaft, ein trag- und förderfähiges Konzept vorzulegen, welches wir dann nicht nur ideell, sondern am Ende auch finanziell und anders unterstützen können.

Der vorliegende Antrag unterstützt unsere Anstrengungen zur Etablierung einer Kreislaufwirtschaft und findet daher ausdrücklich die Zustimmung der Landesregierung. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Minister Krischer. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Die antragstellenden Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/8431. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD und AfD. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/8431 angenommen.**

Wir kommen zu:

10 Ein politisches Update für die Pflege in Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/8441

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der Abgeordneten Frau Schneider das Wort.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Da kommt ganz schön was auf uns zu. Schon jetzt sind in Nordrhein-Westfalen rund 1,2 Millionen Menschen pflegebedürftig, und nach dem Statistischen Bundesamt sollen es bis 2055 noch 33 % mehr werden. Die meisten Pflegebedürftigen werden ausschließlich Pflegegeld beziehen, den Pflegegrad 2 haben und im Alter von 80 bis 89 Jahren sein.

Die steigende Lebenserwartung, über die wir uns eigentlich freuen könnten, bringt aber auch einige Herausforderungen mit sich.

Dieser Trend verschärft den jetzt schon spürbaren Arbeitskräftemangel im Pflegebereich noch mehr. Der demografische Wandel betrifft aber auch die Pflegenden selbst. 2019 waren rund 40 % der Pflegekräfte über 50 Jahre alt. Viele von ihnen werden in den nächsten Jahren in Rente gehen. Zunehmend gehen im Pflegebereich deutlich mehr Menschen in die Frührente als in anderen Branchen.

Der Mangel an ausgebildetem Personal führt zu einer erhöhten Belastung der vorhandenen Pflegekräfte. Das Berufsfeld der Pflege muss daher wieder attraktiver werden.

Um die Mammutaufgabe zu stemmen und ein politisches Update für die Pflege auf den Weg zu bringen, müssen wir vor allem drei Punkte angehen: Bürokratieabbau, Bürokratieabbau, Bürokratieabbau.

(Beifall von der FDP)

Gerade in einem Bereich, wo so nahe am Menschen gearbeitet wird, fehlt oftmals die Zeit. Menschliche Zuwendung kommt zu kurz, weil Bürokratieauflagen und Verordnungen wichtige Zeitressourcen auffressen. Das tut weder den Gepflegten noch den Pflegenden gut.

Vereinfachung muss schon bei der Gewinnung von Pflegekräften beginnen. Die Einführung der einjährigen Pflegeassistentenausbildung hat dabei schon viel bewirkt, auch Menschen zu gewinnen, die sich bisher von einer dreijährigen Ausbildung haben abschrecken lassen. Wir müssen diese Ausbildung aber noch stärker bewerben.

(Beifall von der FDP)

Bei Pflegekräften aus dem Ausland hingegen besteht immer noch das Problem, dass Berufsanerkenntungsverfahren zu lange dauern. Die von FDP und CDU eingeführte Zentrale Anerkennungsstelle für Gesundheitsberufe in Nordrhein-Westfalen hat zwar bereits zu einer leichten Beschleunigung geführt, mit dem Einsatz von künstlicher Intelligenz und einer stärkeren Digitalisierung der Verfahren ginge es aber hier sicherlich noch mal deutlich schneller.

Die Bürokratie geht dann in der Ausbildung weiter. Interessierte Auszubildende aus dem Ausland können an Pflegeschulen nicht zugelassen werden, wenn die Anerkennung vorheriger Abschlüsse nicht vorliegt und der Aufenthalt nicht rechtzeitig bestätigt wird. Der Ausbildungszugang und die Zulassung an Pflegeschulen für interessierte Pflegeauszubildende aus dem Ausland müssen dringend vereinfacht werden.

(Beifall von der FDP)

Auch das Absolvieren der Ausbildung muss vereinfacht und attraktiver gemacht werden. Leider wurde von der Möglichkeit einer Teilzeitausbildung in der Praxis bislang viel zu wenig Gebrauch gemacht. Wir brauchen eine Teilzeitausbildung, die sowohl den besonderen Bedarfen der Auszubildenden gerecht wird als auch den arbeitsorganisatorischen Bedingungen der Träger der praktischen Ausbildung.

Doppelt gemoppelt ist beim bürokratischen Aufwand in der Pflege einfach überflüssig. Bei der Heimaufsicht im Rahmen des Wohn- und Teilhabegesetzes und beim Medizinischen Dienst werden oftmals Vorgaben doppelt geprüft. Rund zwei Drittel der Prüfungen sind völlig identisch. Hier könnte das Pflegepersonal wertvolle Zeit für seine eigentliche Aufgabe gewinnen, wenn Doppelprüfungen endlich vermieden würden.

Auch für die häusliche Pflege muss man es einfacher machen. Pflegenden Angehörige leisten dort schon so viel, damit pflegebedürftige Menschen möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung bleiben können. Dazu bedarf es auch der Bündelung verschiedener Versorgungsformen mit einem Pflegenetzwerk, mit ambulanten Pflegediensten, mit Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege, aber auch mit Betreuungskräften aus dem Ausland. Für Letztere brauchen wir insbesondere Anreize für faire und bezahlbare Live-in-Pflege in Deutschland. Deshalb streben wir eine geregelte Finanzierung für die Inanspruchnahme von Leistungen der Live-in-Pflege durch zertifizierte Anbieter an.

Bundespräsident Roman Herzog meinte in seiner wohl bekanntesten Rede, dass ein Ruck durch Deutschland gehen müsste. Einen politischen Ruck in der Pflege in Nordrhein-Westfalen brauchen wir genauso, am besten gleich mit einer Taskforce für Bürokratieabbau. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt die Abgeordnete Oellers.

Britta Oellers (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen der FDP-Fraktion, danke, dass Sie dieses wichtige Thema für heute auf die Tagesordnung gesetzt haben. Sie machen in Ihrem Antrag eine Menge detaillierter Vorschläge, und die Zeit einer Plenarrede ist zu kurz, um heute auf alle Themen, die Sie angesprochen haben, einzugehen. Aber lassen Sie mich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Landesregierung mit der Modernisierung der Pflege längst aktiv beschäftigt ist.

(Thorsten Klute [SPD]: Ach! Seit gestern, oder was?)

Wir sind bereits dabei, die Arbeit in der Pflege attraktiver zu gestalten. NRW hat sich bei der tarifgerechten Entlohnung in der Pflege positiv hervorgetan. So wurde im Januar 2024 in einer wissenschaftlichen Studie des Instituts Arbeit und Technik der Westfälischen Hochschule und der Ruhr-Universität Bochum festgestellt, dass Nordrhein-Westfalen bei der Zahlung von tarifgerechten Löhnen in der Pflege bundesweit an der Spitze liegt. Auch Einrichtungen, die nicht tarifvertraglich gebunden sind, orientieren sich an den tarifgebundenen Einrichtungen. Ein guter Baustein für attraktive Arbeitsbedingungen!

Die Landesberichterstattung Gesundheitsberufe Nordrhein-Westfalen 2023 gibt uns einen genauen Einblick in den Fachkräftebedarf im Pflege- und Gesundheitsbereich. Hier sehen wir die größte Herausforderung der Zukunft, da der Bedarf an Fachkräften weiter steigen und die Zahl der Pflegebedürftigen zunehmen wird.

Es gibt auch einige hoffnungsvolle Signale. Prognosen sagen voraus, dass in den nächsten Jahren mehr Pflegefachkräfte neu in den Beruf einsteigen, als altersbedingt ausscheiden werden. Auch die Pflegegeschulen können sich fest auf unsere Unterstützung verlassen. Mit insgesamt 350 Millionen Euro für die Modernisierung bestehender Gebäude und zur Finanzierung von zusätzlichen Schulplätzen haben wir diese in der Vergangenheit bereits intensiv unterstützt und werden dies auch weiter tun.

Bei der Anwerbung ausländischer Fachkräfte müssen wir zu einem zügigeren und einheitlicheren Anerkennungsverfahren kommen und eine schnellere und bessere Integration gewährleisten. Wie bereits im schwarz-grünen Koalitionsvertrag festgehalten, setzen wir uns dafür ein, dass wir die Verfahren zur Berufsanerkennung in allen Berufen weiter vereinfachen, beschleunigen und entbürokratisieren werden. Zu viel Bürokratie und Nachweispflichten sowie fehlende Digitalisierung in den Prozessen sind einige der Baustellen. Dies wurde in der letzten Woche bei der Expertenanhörung im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales auch bestätigt.

Um die Bürokratie zu verschlanken, müssen wir uns mit vielen Details auseinandersetzen. Die meisten Regelungen sind mit guter Intention geschaffen worden. Sie sollten hohe Standards sichern, Menschen schützen und Transparenz schaffen. Hier festzulegen, welche Regelungen reduziert oder abgeschafft werden können, wird einiges an Arbeit erfordern und benötigt gut durchdachte Entscheidungen. Sie können sich aber darauf verlassen, dass wir diesen Weg konsequent gehen werden.

(Thorsten Klute [SPD]: Aha!)

Sie sehen, wir sind in Nordrhein-Westfalen auf dem richtigen Weg, die Pflege fit für die Herausforderungen der Zukunft zu machen. Ich freue mich auf die

Beratungen im Ausschuss. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin Oellers. – Für die Fraktion der SPD spricht jetzt der Abgeordnete Klute.

Thorsten Klute (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Pflege steckt mitten in der Krise. Wir hören von vielen Insolvenzen von Pflegebetrieben. Von einer Pflege-Triage ist sogar bei einzelnen Pflegedienstleistern die Rede. Wir hören von in die Höhe schießenden Eigenanteilen der Menschen in der stationären Pflege und auch bei den Tagespflegen.

Die allermeisten von uns kennen Menschen, die pflegebedürftig, die pflegende Angehörige oder die professionell in der Pflege tätig sind. Jede und jeder von uns kann von heute auf morgen auf professionelle Pflege angewiesen sein. Deshalb gilt: Pflege geht uns alle an.

Dass die Pflege in der Krise ist, hat – nicht nur, aber auch – mit der Personalsituation zu tun. Umso wichtiger ist es, dass die Landesregierung dort, wo sie zuständig ist, endlich konkrete Schritte unternimmt, um hier gegenzusteuern. Es reicht nicht, wenn im Koalitionsvertrag, wie wir das gerade wieder gehört haben, etwas steht, denn Papier ist geduldig. Herr Minister Laumann, es reicht nicht, nur markige Sprüche zu bringen, sondern man muss auch handeln.

(Beifall von der SPD und Susanne Schneider [FDP])

In der Anhörung zum SPD-Antrag „Rettungsprogramm Pflege: Was NRW jetzt tun muss!“, die letzte Woche auf unsere Einladung hin stattgefunden hat, haben Expertinnen und Experten bestätigt, wie dringend die Pflege Hilfe und Unterstützung braucht. Sie haben der Landesregierung auch eine Menge Hausaufgaben ins Hausaufgabenheft geschrieben. Diese Anhörung war sehr wertvoll, und ich bin den Beteiligten dafür sehr dankbar.

Natürlich freuen wir uns, wenn unsere sozialdemokratischen Initiativen auch andere Fraktionen zum Nachdenken bringen und sie inspirieren. Dafür sind wir der FDP sehr dankbar. Die regierungstragenden Fraktionen haben gemeinsam mit uns das Thema „Pflege“ zum Gegenstand einer Aktuellen Stunde morgen früh um 10:00 Uhr im Landtag gemacht.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Im vorliegenden Antrag finden sich einige wichtige Punkte. Beispiele dafür sind der auf die Pflegeausbildung gerichtete Fokus, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, und die Forderung nach einer

schnelleren Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Auch die bei der Digitalisierung und bei der häuslichen Pflege geforderte Unterstützung ist gut. Das wissen Sie aber bereits – Sie konnten diese Forderung in unserem Antrag vom November nachlesen –, und die eben erwähnte Anhörung in der vergangenen Woche hat das noch einmal unterstrichen.

An einer wichtigen Stelle benötigt der Update-Antrag der FDP allerdings ein eigenes Update, weil er nicht mehr up to date ist. Wenn von der einjährigen Pflegeassistentenausbildung die Rede ist, dann ist das längst überholt, weil sich NRW-Pflegeminister Laumann damit im Bund nicht durchsetzen konnte.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales)

Es läuft auf eine anderthalbjährige bundeseinheitliche Pflegeassistentenausbildung hinaus. Dafür hat die Bundesregierung vor einigen Wochen ein Eckpunktetpapier vorgelegt.

Das zeigt einmal mehr, wie weit die nordrhein-westfälische Landesregierung mit ihren Vorstellungen inzwischen bundesweit im Abseits ist. Das muss sich wieder ändern. Nordrhein-Westfalen muss auch in der Pflege an die Spitze von ganz Deutschland.

(Beifall von der SPD)

Die Probleme in der Pflege liegen an vielen Stellen aber nicht nur dort, wo die FDP mit ihrem Antrag Forderungen erhebt. Es muss zum Beispiel endlich an die hohe Zahl derjenigen herangegangen werden, die zwar den Weg in die Pflegeausbildung finden, aber diese Ausbildung vorzeitig abbrechen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, die dafür notwendige Schulsozialarbeit in der Pflegeausbildung fehlt in Ihrem Antrag vollständig. Das muss im weiteren Verfahren – wir werden nachher zustimmen, diesen Antrag in den Fachausschuss zu überweisen – besser werden.

Die großen Schwierigkeiten zwischen den Kosten- und Leistungsträgern in der Pflege spielen im Update-Antrag der FDP bisher ebenfalls keine Rolle. Vielleicht wird sich aber auch das im Laufe des Verfahrens ändern.

Pflegende Angehörige spielen im Antrags-, im Beschlusstext überhaupt keine Rolle. In der Rede der geschätzten Kollegen Susi Schneider wurden sie erstmals erwähnt, aber im Antrag tauchen sie an keiner Stelle auf. Die Familien sind in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen allerdings der größte Pflegedienst. Die Familien sind die entscheidenden Player bei der Pflege und gehören deswegen an die Spitze eines solchen Antrags.

(Beifall von der SPD)

Das alles zeigt, dass eine Menge gut ist und der Antrag in die richtige Richtung geht. Es fehlt aber auch eine ganze Menge, um es ein Update für die Pflege

nennen zu können. Wir haben die Hoffnung, dass sich das im weiteren Verfahren verbessert. Der Überweisung des Antrags in den Fachausschuss stimmen wir selbstverständlich zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Klute. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Abgeordnete Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag ist ein interessantes Sammelsurium an unterschiedlichen Forderungen, und viele Punkte sind durchaus bedenkenswert. Wer kann schon etwas gegen einen Bürokratieabbau in der Pflege haben? Zu einem solchen Bürokratieabbau würden mir sehr viele Dinge einfallen.

Die Pflegedokumentation, die sich viele Träger leider auch selbst ausdenken, ist massiv reformbedürftig. Die nicht vorhandene Abstimmung von Trägern, was die Praxisanleitungen anbelangt, ist dringend reformbedürftig. Viele Abstimmungsprozesse zwischen den gesetzlichen Krankenkassen und den Leistungserbringern sind dringend reformbedürftig. Das alles könnte man übrigens umsetzen, ohne Karl-Josef Laumann um Erlaubnis zu bitten.

Der Antrag enthält ein paar Nebensätze, bei denen wir deutlich auseinanderliegen. Was ist zum Beispiel eine generationengerechte Pflegeversicherung? Ich glaube, darüber würden sich Thorsten Klute und ich deutlich schneller einig als Susanne Schneider und die anderen hier im Raum. Darüber hinaus steht es nicht im Ermessen der Landespolitik, hier etwas zu machen. Natürlich ist das aber ein wichtiger Faktor, weil die Finanzierung der Pflege in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung ist.

Im gleichen Zusammenhang möchte ich die sogenannte Live-in-Pflege nennen. Diese 24-Stunden-Pflege, die in aller Regel im Wesentlichen von polnischen oder anderen osteuropäischen Frauen erbracht wird und meistens in prekären Verhältnis stattfindet, möchte ich gerade nicht als Erfolgsmodell, sondern eher als prekäres Modell ansehen. Allerdings muss ich dazusagen, dass ich zum heutigen Tag keine Idee habe, wie das besser zu lösen ist. In Anhörungen haben wir uns mehrfach damit auseinandergesetzt.

Zur Ausbildung und Bildung in der Pflege könnten wir landesspolitisch mehr sagen. Das Thema „Akademisierung“ kommt in dem Antrag gar nicht vor, obwohl man sich darin zur Einjahresausbildung verhält. Ich finde es richtig und stehe ausdrücklich dahinter, dass auf der Bundesebene jetzt eine fachlich höherqualifizierte Ausbildung angestrebt wird. Ich habe auch nichts dagegen, wenn sich die Pflegekammer oder

andere kluge Leute in Nordrhein-Westfalen Gedanken über Arbeitsmodelle machen, die dem Umstand Rechnung tragen, dass wir in der Pflege ganz unterschiedliche Qualifikationen benötigen.

Was mich an dem Antrag der FDP freut, ist das klare Bekenntnis dafür, dass wir eine weitere, schnellere und bessere Zuwanderung brauchen und die Menschen, die bereits hier sind oder die hierherkommen wollen, Bedingungen vorfinden, damit eine Integration schnell geschehen kann.

Man muss aber hinzufügen, dass die Ampel auf Bundesebene auch ihren Teil dazu beitragen kann; das hat sie auch durch das neue Fachkräftezuwanderungsgesetz getan. Allerdings könnten Verfahren da auch noch einmal deutlich besser werden.

In dem Zusammenhang frage ich mich dann schon, Frau Kollegin, warum seitens der FDP zumindest auf Bundesebene, Herr Kubicki, Herr Lindner, andere Signale gesendet werden, dass man nämlich Abgrenzungssignale aussendet, dass man der Meinung ist, mit einer Bezahlkarte Menschen abschrecken zu müssen, nach Deutschland zu kommen. Das passt gesellschaftspolitisch irgendwie nicht ganz in einen Kontext.

Aber ich lobe ausdrücklich die NRW-FDP dafür, dass sie ein klares Bekenntnis dafür abgibt, dass Menschen, die hier mit anpacken wollen, nicht daran gehindert werden und sehr schnell in den Beruf kommen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine letzte Bemerkung, da der Kollege Klute sich massiv bemüht hat, die Landesregierung wieder ordentlich anzugreifen und zu behaupten, Nordrhein-Westfalen sei im Abseits, was die Pflegepolitik anbetrifft.

(Rodion Bakum [SPD]: Dafür sind wir da!)

Dazu kann ich nur sagen – ich habe dir ja eben versprochen, das auch zu tun –: Viele Punkte in SPD-Anträgen sind klar sozialdemokratisch: einfach mehr Geld für alles fordern.

(Beifall von Thorsten Klute [SPD])

Insofern ist das etwas geradliniger als dieser FDP-Antrag. Aber schlicht falsch ist, dass NRW abseits in der Pflege steht. Wir sind das Land, das die meisten Menschen in der Ausbildung hat. Darüber werden wir uns morgen früh noch einmal auseinandersetzen.

(Thorsten Klute [SPD]: Darauf freue ich mich schon!)

Wir haben die besten Bedingungen in der Ausbildung, die besten Bedingungen, was den Zugang zum Beruf anbetrifft,

(Zuruf von Rodion Bakum [SPD])

kein Pflegegeld und viele andere Punkte. Nordrhein-Westfalen ist da schlichtweg Spitze und nicht im Abseits, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Weil du es herausgefordert hast, lieber Thorsten Klute: Beim Thema „Krankenhauspflege“ solltet ihr euch lieber verstecken. Letztes Jahr habt ihr noch ein Ende der Reform hier in Nordrhein-Westfalen gefordert, um auf den Bund zu warten, um jetzt zuzugestehen, dass dieser Minister dafür gesorgt hat, dass auf Bundesebene, auf Landesebene jetzt wieder zusammengearbeitet wird, Milliarden möglicherweise freigesetzt werden.

(Thorsten Klute [SPD]: Nur hier in Nordrhein-Westfalen werden keine Milliarden freigesetzt!)

Deswegen: Wir sind nicht im Abseits, wir sind vorne weg. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Mostofizadeh. – Für die Fraktion der AfD spricht jetzt der Abgeordnete Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz* (AfD): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema „Pflege“ bleibt ein aktuelles – so aktuell, dass wir es auch morgen mal wieder in einer Aktuellen Stunde besprechen werden, was durchaus gut ist, weil schlichtweg der politische Zustand immer weniger tragbar wird.

Herr Mostofizadeh hat gerade ausgeführt, dass in Nordrhein-Westfalen so viele Pflegekräfte ausgebildet werden wie nirgendwo anders sonst. – Ja, das liegt vor allen Dingen daran, dass Nordrhein-Westfalen das einwohnerstärkste Land in der Bundesrepublik ist. Auf 100.000 Einwohner gerechnet sieht es dann mittlerweile ein bisschen anders aus.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das stimmt nicht! – Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Nee, nee!)

Nimmt man die Zahlen, die aktuell von IT.NRW aufgeführt werden, dann bräuchte man 7 bis 13 Abschlussjahrgänge an allen Pflegeschulen in Nordrhein-Westfalen, um allein den aktuellen Mangel an Pflegekräften in Krankenhäusern und Pflegeheimen auszugleichen. Insofern kann man nicht davon sprechen, dass alles in Ordnung wäre, man würde schon alles tun, es wäre alles in einem guten Fluss und die Landesregierung würde das alles schon handeln.

Selbst in der aktuellen Situation hängen Sie – nach den positivsten Berechnungen – mindestens sieben Abschlussjahrgänge hinterher, um den aktuellen Problemen allein in den Krankenhäusern, in den

stationären Pflegeeinrichtungen überhaupt Herr werden zu können.

Dabei sind wir gerade erst am Beginn des demografischen Wandels und der doppelten Problematik, dass Pflegekräfte in Rente gehen – schon jetzt ist ein Großteil der Pflegekräfte über 50 – und natürlich viel mehr Menschen pflegebedürftig werden.

Wir haben nun einmal den Vorteil, dass wir in der westlichen Welt älter werden. Das ist gut. Aber das heißt nicht, dass die letzten Lebensjahre immer krankheitsfrei sind. Viele Menschen werden mehr gepflegt werden müssen.

Jeder Mensch wünscht sich eine vernünftige, eine menschenwürdige Pflege, was schon heute an verschiedenen Stellen im Gesundheitssystem nur schwer aufrechtzuerhalten ist. Gerade eben wurde richtigerweise von der Pflege-Triage gesprochen – eine Situation, die schlichtweg jetzt schon Status quo ist. Das heißt, in den nächsten Jahren werden wir wahrscheinlich noch viel dramatischere Szenen sehen.

Jetzt kommt die FDP mit einem Pflegeantrag, in dem vieles steht, was durchaus richtig ist, aber es ist kaum etwas Neues und Konkretes dabei. Beispielsweise wurde über die Idee, eine Taskforce zum Abbau von Bürokratie einzurichten, schon in den letzten 20 Jahren – das ist zumindest der Zeitraum, den ich in der Gesundheitspolitik grob überblicken kann, wahrscheinlich ist es noch länger; dazu können wir vielleicht nachher noch etwas hören – gesprochen.

Tatsache ist: In der Praxis ist das nicht so einfach. Ich selbst habe als Arzt häufiger darüber gestöhnt, viel dokumentieren zu müssen. Die Dokumentation beispielsweise nach einer Bluttransfusion dauerte länger als die Transfusion selbst. Die Dokumentation ist jedoch medizinjuristisch wichtig. Wenn beispielsweise ein Verfahren ansteht, ist man aufgrund der aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen sehr froh, dass man diese Dokumentation vorgenommen hat und man Auskunft darüber geben kann, dass alles lege artis etc. verlaufen ist.

Es gibt also durchaus immer einen Grund dafür, warum diese Dokumentationspflichten, dieser Papierkrieg am Ersten eingeführt wurde. Das kann man bemängeln, ja, aber dann muss man auch mehr liefern können als eine Taskforce zum Bürokratieabbau. Dann braucht es tatsächlich konkrete Vorschläge dafür, wo man denn eine Änderung am Rechtsrahmen, beispielsweise im Medizinrecht, herbeiführen möchte, um von diesen Dokumentationen herunterzukommen.

Ein anderes Beispiel ist das Qualitätsmanagement im Krankenhaus, was für eine Vielzahl der Papiere in der Pflege verantwortlich ist, wo man Häkchen setzen muss, wenn man gewisse Pflegemaßnahmen vorgenommen hat. Auch hier müsste man zunächst

einmal den Rahmen erklären, unter wem Qualitätsmanagement im Krankenhaus denn dann stattfinden soll, um sich von diesem Papier zu distanzieren.

Die Forderung ist sehr populär; dafür erntet man auf jedem Bürgerdialog immer viel Applaus, wenn man Bürokratie abbauen möchte. In der Praxis ist es allerdings nicht so einfach. Vielmehr muss man sich die Sachen sehr konkret angucken und Vorschläge machen, um dann bei diesem sehr populären Thema „Bürokratieabbau“ etwas bewirken zu können.

Ich bin sehr froh, dass wir den Antrag überweisen und dann im Ausschuss noch einmal darüber sprechen. Tatsache ist aber: Dieses Thema wird uns mit allerhöchster Wahrscheinlichkeit weiter beschäftigen, weil die Problematik mittlerweile sehr groß ist, da in den vergangenen Jahrzehnten viel verschlafen wurde. Demografische Entwicklungen erfolgen nicht in ein, zwei oder drei Jahren, sondern sind Dekaden zuvor schon abzusehen.

Dass jetzt die Babyboomer in Rente gehen, dass wir einen riesigen Bauch in der bevölkerungstechnischen Urne vor uns herschieben, war klar. Jeder wusste das. Die allermeisten im politischen Rahmen wollten aber kein Geld dafür in die Hand nehmen.

Jetzt werden die Probleme immer drängender, jetzt nimmt man sich dem an. Aber es wird jetzt auch sehr unangenehme Diskussionen darüber geben müssen, an welcher Stelle denn die Kosten tatsächlich aufgefangen werden müssen.

Beispielsweise – gerade eben noch angesprochen – Generationengerechtigkeit. Es ist doch nicht gerecht, wenn wir jetzt die Beiträge zur Pflegeversicherung verzweifachen, verdreifachen und dies dann jüngeren Generationen aufbürden, weil in der Vergangenheit Dinge falsch gemacht wurden.

Das ist eine ehrliche Diskussion, die man miteinander führen muss. Sie wird unangenehm. Noch einmal: Es wird am Ende Geld kosten. Es wird am Ende wahrscheinlich auch zu einer gemäßigten mittleren Qualität führen, die nicht den eigentlich hohen Ansprüchen einer westlichen Industrienation entspricht. Aber das ist nun einmal die Situation, in der wir uns heute befinden. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat Minister Karl-Josef Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwischen den unterschiedlichen Debattenrednerinnen und -rednern der Fraktionen gibt es eine Gemeinsamkeit. Alle

sagten: Das größte Problem in der Pflege ist der Personalmangel.

Das größte Problem in der Pflege ist in der Tat, dass wir mittlerweile sowohl im ambulanten Bereich als auch im stationären Bereich als auch im teilstationären Bereich, also im gesamten Versorgungssegment, mittlerweile – wenn auch regional unterschiedlich – Wartelisten haben.

Deswegen ist auch völlig klar: Mein Ansatz in der Politik ist, dass wir natürlich alles tun müssen, um möglichst viele Leute für die Pflege zu gewinnen.

Bei der Pflegeassistentenausbildung haben wir in Nordrhein-Westfalen jahrelang 600 Personen ausgebildet. Ich will nur sagen, dass wir das jetzt bis auf 2.300 Personen gesteigert haben.

Wir haben für die Assistenz Ausbildung als eines der ersten Bundesländer eine Ausbildungsvergütung eingeführt, weil wir wissen, dass wir die Versorgung auf Dauer nur durch einen Personalmix aus Kräften mit Staatsexamen, akademisch ausgebildeten Pflegekräften und auch Assistenzkräften sicherstellen können.

Diese Landesregierung hat in den letzten Jahren 350 Millionen Euro in den Ausbau der Pflegeschulen gesteckt.

(Thorsten Klute [SPD]: Aus einmaligen Mitteln!)

In keinem anderen Bundesland ist ein solcher Investitionsschub erfolgt wie in unsere Pflegeschulen in Nordrhein-Westfalen, sowohl mit 100 Millionen Euro im Krankenhausbereich als auch mit 250 Millionen Euro im Bereich der Pflegeschulen, die traditionell aus der Altenpflege kommen und nicht an ein Krankenhaus angeschlossen sind, bei denen die Finanzierung ja immer schwieriger war.

Zur Anerkennung von ausländischen Pflegekräften und Kräften in Gesundheitsberufen kann ich Ihnen nur sagen: 2022 haben wir 9.654 Kräfte in Gesundheitsberufen anerkannt. In ganz Nordrhein-Westfalen haben alle Kammern, alle zusammen, die überhaupt eine Berufsankennung durchführen, 12.942 Berufsankennungen gemacht. Das heißt: 75 % aller ausländischen Menschen, die ihren Beruf anerkennen lassen wollen, werden in meinem Gesundheitsbereich anerkannt. Von allen Kammern, auch den Ingenieurkammern usw., sind es 75 % allein im Gesundheitsbereich.

Wir haben erheblich in das Anerkennungsverfahren bei der Bezirksregierung Münster investiert, um dort die Anträge schneller vom Tisch zu kriegen. Natürlich müssen wir prüfen, dass es sich um qualifizierte Fachkräfte handelt; das können Sie sich gut vorstellen.

Ich habe mir sehr klar vorgenommen – dazu werden wir bald unsere Vorschläge in den Ausschuss ein-

bringen –: Wir werden bei uns in Nordrhein-Westfalen mit Blick auf die Bürokratie alle landesrechtlichen Regelungen daraufhin anschauen, wie wir sie schlanker machen können.

Aber alle, die mal ein bisschen in die Thematik „Pflege“ eingetaucht sind, wissen auch: Es gibt wenige Bereiche, in denen so viel abschließend bundesrechtlich geregelt ist wie in der Pflege. Die Länder sitzen bei vielen Dingen gar nicht mit am Tisch, weil sie der Selbstverwaltung übertragen worden sind. Wenn es zum Beispiel um Personalschlüssel geht, sitze ich überhaupt nicht am Tisch und auch gar kein Landesminister. All diese Dinge werden hier aber in den Debatten thematisiert. Die Verhandlungen führen ganz andere Leute, die sich darauf verständigen. Deswegen ist ein Update bei der Pflege, insbesondere auch in Sachen „Entbürokratisierung durch Bundesrecht“, mehr als angesagt.

Wir werden aber, wie gesagt, auch die wenigen landesrechtlichen Regelungen, die wir haben, alle auf den Prüfstand stellen, um zu entschlacken. Kommen Sie mir aber anschließend nicht und fragen: Warum ist dieses und jenes nicht mehr geregelt? – Das muss man auch einmal in aller Deutlichkeit sagen. Ich bin bereit, bestimmte Dinge nicht zu regeln. Aber dann muss man auch wissen, dass sie nicht mehr geregelt sind,

(Heiterkeit von den GRÜNEN)

sondern in die Eigenverantwortung derjenigen übergehen, die die Leistungen anbieten.

(Beifall von Britta Oellers [CDU])

Zum Schluss will ich nur noch einmal sagen: Wie ernst ich Pflege nehme, sehen Sie daran, dass ich so großes Vertrauen in die Pflegekräfte habe, dass Nordrhein-Westfalen neben Rheinland-Pfalz das einzige Bundesland ist, das es den Pflegekräften selbst in die Hand gibt, ihre Profession weiterzuentwickeln. In allen anderen Bundesländern werden sie nur bevormundet. Vom Bund werden sie nur bevormundet. In Nordrhein-Westfalen haben wir mit der Pflegekammer die Pflege selbstständig gemacht und erwachsen gemacht. Wir stellen sie damit auf Augenhöhe mit anderen Heilberufen. Das ist ein großes Verdienst unseres Landes gegenüber den Pflegekräften. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/8441 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die abschließende Beratung und die Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung

erfolgen. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU, FDP und AfD. Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist diese **Empfehlung angenommen**.

Ich rufe auf:

11 Wohnungslosigkeit überwinden – Housing First in Nordrhein-Westfalen auf dem Weg zum 2030-Ziel

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/8432

Die Debatte beginnt mit Marco Schmitz aus der Fraktion der CDU. Los geht's!

Marco Schmitz (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wohnungslosigkeit zu überwinden, ist ein Thema, welches mir als Sozialpolitiker sehr am Herzen liegt. Das Recht auf Wohnen ist ein Grundrecht. Wohnungslosigkeit ist die schlimmste Form von Armut.

Der schwarz-grünen Koalition liegt dieses Anliegen besonders am Herzen. Es geht um mehr als die Bereitstellung von Unterkünften. Es geht um Menschenrechte und um die Grundlage für gesellschaftliche und politische Teilhabe. Ein Zuhause zu haben, bedeutet Sicherheit und Stabilität – essenzielle Voraussetzung für ein würdevolles Leben.

Für uns als schwarz-grüne Koalition ist die Überwindung von Wohnungslosigkeit ein Thema mit hoher Priorität und daher fest in unserem Koalitionsvertrag verankert. Bis 2030 soll Wohnungslosigkeit in unserem Bundesland der Vergangenheit angehören. Dieses Ziel spiegelt sich nicht nur in unserem Engagement wider, sondern auch unseren Glauben an die Machbarkeit von grundlegenden sozialen Veränderungen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich möchte heute betonen, dass für uns als CDU die Sozialpolitik und die Sorge um die Schwächsten in unserer Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind. Unsere Politik wird von der Überzeugung geleitet, dass jeder Mensch ein Recht auf ein Zuhause hat. Dies ist ein fundamentales Prinzip, das unser Handeln bestimmt.

Mit dem Projekt „Endlich ein ZUHAUSE“, einer Landesinitiative gegen Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen, hat die Landesregierung ein Konzept erstellt, welches genau das zum Ziel hat. Erst im Juli letzten Jahres wurden die finanziellen Mittel um rund

1,66 Millionen Euro durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales aufgestockt. Die Initiative „Endlich ein ZUHAUSE“ steht exemplarisch für unsere Bemühungen. Sie ist eine konkrete Maßnahme, die bereits sichtbare Erfolge aufweisen kann.

Dennoch beobachten wir, dass der nach wie vor stark angespannte Wohnungsmarkt und der daraus resultierende Mangel an bezahlbarem Wohnraum die Wohnungs- und Obdachlosigkeit besonders in den Ballungsräumen verstärkt. Diese Armut zieht andere Härten nach sich: Probleme bei der Gesundheitsversorgung, Probleme bei der Ernährung, Probleme bei der Mobilität – um hier nur einige zu nennen.

Aber unsere Strategie geht weit über die Bereitstellung von Wohnraum hinaus. Wir verstehen, dass Wohnungs- und Obdachlosigkeit komplexe Ursachen haben, die tief in der Struktur unserer Gesellschaft verwurzelt sind. Armut, der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, gesundheitliche Probleme und der Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt sind nur einige Faktoren, die wir in unserem Kampf berücksichtigen.

Damit wir unsere Erfolge weiter ausbauen können und unsere fest verankerten Ziele erreichen, ist es zum einen wichtig, die bereits vorhandenen Initiativen mit ausreichenden finanziellen Mitteln und der nötigen Manpower auszustatten.

Zum anderen ist es aber genauso wichtig, dass wir unseren Blickwinkel ändern. Wohnen in einem normalen Mietverhältnis ist nicht das Ziel der Initiative „Housing First“, sondern der Ausgangspunkt. Er bietet Menschen ohne Umwege einen stabilen Wohnraum und damit die Chance auf ein neues Leben.

Unser Engagement endet jedoch nicht bei der Bereitstellung von Wohnraum. Wir sind uns bewusst, dass eine umfassende Unterstützung notwendig ist, um den Menschen nicht nur ein Dach über den Kopf zu geben, sondern ihnen auch den Weg zurück in ein selbstbestimmtes Leben zu ebnet.

Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass der Kampf gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit auch ein Kampf gegen Vorurteile ist. Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung sind daher unerlässlich, um ein gesellschaftliches Bewusstsein zu schaffen, das von Empathie und Solidarität geprägt ist. Durch gezielte Aufklärung wollen wir die Stigmatisierung und Ausgrenzung von obdachlosen Menschen bekämpfen und die Vorbehalte der gewerblichen und privaten Vermieterinnen und Vermieter abbauen. Im Sinne der Betroffenen wollen wir für ein besseres Miteinander eintreten und die Bedingungen für bezahlbaren und fairen Wohnraum verbessern.

Die CDU versteht sich als Partei, die Verantwortung übernimmt – nicht nur in wirtschaftlichen und politischen Fragen, sondern auch und gerade dann, wenn es um die sozialen Dimensionen unseres Zusam-